

JOCHEN WEICHOLD

Abschied von Visionen

Grundsatzprogramme sollen Wegweiser in die Zukunft sein. Sie wollen in der Regel die Vision einer besseren Gesellschaft aufzeigen und Entwicklungspfade dorthin skizzieren. Mitunter gehen aber die Visionen in dem Bemühen verloren, sich auf das Berechenbare zu beschränken. So geschehen bei dem von Bündnis 90/Die Grünen Mitte März 2002 in Berlin beschlossenen neuen Grundsatzprogramm, das das Bundesprogramm der Partei von 1980 ersetzt.

Ein simpler Vergleich beider Programme würde jedoch zu kurz greifen. Zum einen konnten Entwicklungen wie die Implosion des ›real existierenden Sozialismus‹ in Osteuropa und die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands oder qualitativ neue Prozesse wie die Globalisierung 1980 nicht vorausgesehen werden. Zum anderen greift ein solcher Vergleich zu kurz, weil eine Reihe von Aussagen des über 20 Jahre alten Bundesprogramms historisch überholt ist und nicht zuletzt, weil einige der damals entwickelten Vorstellungen bar jeden Realitätsbezuges waren. Das betrifft exemplarisch die Orientierung auf einen »Ausstieg aus der Industriegesellschaft« sowie den »Alarmismus« und »Sofortismus« des alten Programms. Das neue Grundsatzprogramm ist daher an den heutigen und künftigen Erfordernissen zu messen und – wo nötig – der Kritik zu unterziehen.

In der *Präambel* des Grundsatzprogramms nehmen die Grünen offiziell Abschied von der Protestpartei. Die Partei habe sich in den letzten zwei Jahrzehnten in mancherlei Hinsicht gewandelt. Die entscheidende Veränderung sei gewesen, daß sich die Grünen »zu einer Reformpartei entwickeln wollten und mussten, um erfolgreich zu bleiben« (14). Die Partei hat sich von dem alten Credo ihrer Gründerzeit – wir ändern alles, und zwar sofort – getrennt. Ihre politischen Ziele wollen die Grünen heute »durch eine langfristig angelegte Reformstrategie erreichen« (14). Typisch dafür sind die zwölf Schlüsselprojekte, mit denen die Partei »der Modernisierung eine grüne Richtung geben« (15) will.

Die Mitglieder der grünen Partei würde nicht eine Ideologie, sondern ein Kreis von *Grundwerten* verbinden. Während die Gründergeneration der Grünen 1980 die sie einigenden Grundwerte in der Formel *ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei* zum Ausdruck brachte, setzt das neue Grundsatzprogramm auf den Wertekanon *Ökologie, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und Demokratie*. Mit gleicher Intensität würden die Grünen zudem für *Gewaltfreiheit* und *Menschenrechte* als *Grundprinzipien* eintreten.

Jochen Weichold – Jg. 1948; Dr. sc. phil. Politikwissenschaftler, Bereichsleiter in der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Die in Klammern stehenden Seitenzahlen beziehen sich auf: Bündnis 90/Die Grünen: Grundsatzprogramm (Beschlüßfassung), Berlin, März 2002.

»Mit dem *Aufbruch ins Sozialzeitalter* thematisieren wir die grüne Energiepolitik als Antwort auf die ökologische Herausforderung. *Ökologisch mobil* setzt grüne Ziele für eine nachhaltige Mobilität. *Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher* benennt grüne Prioritäten zur Erneuerung der Marktwirtschaft. *Neue Landwirtschaft* heißt die Perspektive für einen neuen Interessenausgleich zwischen Bauern und Verbrauchern im Sinne nachhaltiger Entwicklung.

Das Projekt *Gesamtdeutsche Zukunft* entwickelt grüne Perspektiven für Ostdeutschland. Das Konzept der *Grundsicherung* benennt unsere Perspektive für eine neue Grundlage sozialer Sicherheit. Das Projekt *Kindergerichtetes Leben* macht Generationengerechtigkeit praktisch. *Wissenszugang als Bürgerrecht* ist die zentrale bildungspolitische Herausforderung, die vor uns liegt. *Frauen an die Macht* dreht sich zentral um gleiche Chancen für beide Geschlechter zur Definition und Ausgestaltung gesellschaftlicher Entwicklung. Die *Einwanderungsgesellschaft* sehen wir als die Chance zur Entwicklung einer weltoffenen, multikulturellen Demokratie. Das *Europa der Bürgerinnen und Bürger* stellt bei der europäischen Integration die Demokratie in den Mittelpunkt. *Fairer Welthandel und internationale Standards* sind zentrale Anliegen im Rahmen unseres Engagements für Internationale Gerechtigkeit.«
Grundsatzprogramm
2002: 15.

»Wir verbinden die aufklärerische Tradition mit der durch die Ökologie neu ins Bewußtsein gedungenen Erfahrung der Grenzen des Industrialismus. Wir nehmen Abstand von unkritischem Fortschrittsglauben, sei er sozialistischer, sei er kapitalistischer Ausprägung.«
Grundsatzprogramm
2002: 6 f.

»Im Bewusstsein historischer Verantwortung treten wir ein gegen Rassismus und Antisemitismus, Rechtsextremismus und jeglichem anderen Extremismus.«
Grundsatzprogramm
2002: 9.

Damit gilt Gewaltfreiheit nicht mehr – wie im Programm von 1980 – als Grundwert. Immerhin konnte die Parteilinke verhindern, daß der Militäreinsätze legitimierende Begriff der ›ultima ratio‹ in der Präambel verankert wurde. Dennoch ist nun das Prinzip der Gewaltfreiheit programmatisch durchlöchert: Nach der Feststellung, daß Gewalt Politik nicht ersetzen dürfe, heißt es, zwar führe die Anwendung militärischer Gewalt zu Tod und zu Zerstörung und könne nach wie vor in eine globale Katastrophe münden. »Wir wissen aber auch, dass sich die Anwendung rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt« (10). Die Grünen haben sich damit auch programmatisch vom Anspruch, eine pazifistische Partei zu sein, verabschiedet und die Möglichkeit verwirkt, sich künftig noch als verlängerter Arm der Friedensbewegung darzustellen.

Grünes Denken, so postuliert die Partei im neuen Grundsatzprogramm, sei zuerst ökologisches Denken – und besinnt sich mit diesem Primat der Ökologie nach manchen Irritationen für Mitglieder und Wähler wieder auf ihre originären Wurzeln. Als Partei der Ökologie gehe es den Grünen um die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, die durch industriellen Raubbau und überschießenden Ressourcenverbrauch gefährdet seien. »Bewahren können wir nicht durch ein Zurück, sondern nur indem wir die heutigen Industriegesellschaften nachhaltig verändern« (7), wissen die Grünen. Ökologie heiße Nachhaltigkeit und sei eine unverzichtbare Dimension gesellschaftlicher Modernisierung.

Ökologie soll mit Selbstbestimmung, Gerechtigkeit und lebendiger Demokratie verbunden werden. Selbstbestimmung verwirkliche Freiheit, und Freiheit sei die Chance zur Emanzipation und Selbstbestimmung über soziale und ethnische Grenzen oder Unterschiede der Geschlechter hinweg. Ganz bewußt wollen die Grünen damit den Begriff der Freiheit nicht jenen überlassen, »die ihn mit Vorliebe verengen auf reine Marktfreiheit, die Freiheit des Ellenbogens« (7). Gerechtigkeit brauche Solidarität und bürgerschaftliches Engagement. Während die Grünen ihre basisdemokratischen Vorstellungen der Gründerzeit zu den Akten gelegt haben, wollen sie Demokratie insbesondere hinsichtlich der direkten Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln. Sie wollen radikal-demokratische, feministische, partizipatorische und multikulturelle Anstöße in die Weiterentwicklung des Rechtsstaates einbringen.

Erweitert wurde nicht zuletzt den Begriff der *Gerechtigkeit*, um ihm eine moderne Prägung zu verleihen. Zwar bleibe *Verteilungsgerechtigkeit* auch in Zukunft unverändert von Bedeutung, verlange Gerechtigkeit eine gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Güter und erfordere insbesondere eine Parteinahme für die sozial Schwächsten. Aber für die Grünen sei Gerechtigkeit *mehr* als Verteilungsgerechtigkeit: Bündnisgrüne Politik stehe für *Teilhabegerechtigkeit*, für *Generationengerechtigkeit*, für *Geschlechtergerechtigkeit* und für *internationale Gerechtigkeit*. Teilhabegerechtigkeit solle allen Menschen Zugang verschaffen zu den zentralen gesellschaftlichen Ressourcen: Arbeit, Bildung und demokratische Mitbestimmung. Geschlechtergerechtigkeit meine Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Generationengerechtigkeit Gerechtigkeit zwi-

schen alt und jung. Der alte grüne Slogan *Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt* sei heute aktueller denn je. Internationale Gerechtigkeit müsse um so mehr gelten, je mehr eine globale Wirtschaft Menschen in aller Welt miteinander verbinde und voneinander abhängig mache. Nachhaltigkeit auf der industrialisierten Nordhalbkugel dürfe nicht zu Lasten der Länder des Südens definiert werden.

Kritiker hatten gerade im zuletzt genannten Zusammenhang am ersten Entwurf des Grundsatzprogramms vom Sommer 2001 moniert, daß die Veränderungen in der Welt, die sich aus den Globalisierungsprozessen ergeben, im Text zu kurz gekommen seien. Die grüne Parteiführung nahm dies zum Anlaß, in den zweiten Entwurf des Programms, der im Januar 2002 der Öffentlichkeit präsentiert wurde, längere Passagen zur Globalisierung einzufügen, in denen sie aber insbesondere auf die Gestaltung der Globalisierungsprozesse mit dem Ziel »einer ökologisch nachhaltigen, freiheitlichen, demokratischen und solidarischen Welt« (11) abhob. Auf der Bundesdelegiertenkonferenz im März 2002 konnte die Parteilinke hingegen Passagen hineinstimmen, die auf die negativen Auswirkungen von Globalisierung aufmerksam machen und Protest artikulieren. Als Ergebnis der weltweiten Verbindung von Handel und Finanzmärkten wird nun eine »Spaltung der Welt« konstatiert. Umweltzerstörung und Hunger, Rassismus, Nationalismus, Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung hätten deswegen zugenommen. Im Sinne der Globalisierungskritiker wird daher der »Widerstand gegen die Globalisierung« für »richtig und notwendig« gehalten. Verlangt wird eine nachdrückliche Kurskorrektur: Die Europäische Union »muss ihre neoliberale Fixierung in der Wirtschaftspolitik verlassen und eine noch aktivere internationale Rolle bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung spielen« (11).

Im Kapitel *Aufbruch in eine ökologische und soziale Marktwirtschaft* bekennen sich die Grünen zu einer »ökologischen und sozialen Marktwirtschaft« (28) als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik. In der sozialen Marktwirtschaft verbinde sich wirtschaftliche Freiheit mit einem sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen. Wettbewerb sei Motor für Wachstum und Wohlstand. Im bisher gültigen Bundesprogramm von 1980 wurde die Wettbewerbswirtschaft noch für »jene ausbeuterischen Wachstumszwänge« verantwortlich gemacht, »in deren Folge die völlige Verseuchung und Verwüstung der menschlichen Lebensbasis droht« (Die Grünen: Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 5). Während im alten Programm mit dem apokalyptischen Pathos der Gründergeneration grundsätzlich jegliches quantitatives Wirtschaftswachstum abgelehnt wurde, erklären die Grünen nun, nicht mehr allein das Bruttosozialprodukt sei Maßstab des Wohlstands – das Sozialprodukt müsse vielmehr künftig auch ökologische Kosten einschließen (vgl. 28).

Zum Abbau der Erwerbslosigkeit in Deutschland setzt das Programm auf eine »Qualifikationsoffensive«, auf »aktivierende Arbeitsmarktpolitik« und auf die Erleichterung von Investitionen in Arbeit. Ein wichtiges Ziel sei in diesem Zusammenhang die systematische Senkung der hohen Lohnnebenkosten. Um die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben zu vermindern, wollen

»Wir wollen den funktionsfähigen Wettbewerb zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher.«
Grundsatzprogramm 2002: 32.

»Die fast ausschließliche Lohnbezogenheit unseres Sozialversicherungssystems verteuert die Arbeit, erschwert so Investitionen und fördert die Schwarzarbeit.«
Grundsatzprogramm 2002: 30.

»Wir wollen für Ostdeutschland eine Entwicklung fördern, die nicht in der Kopie dessen besteht, was im Westen Deutschlands unter völlig anderen Bedingungen erfolgreich war und jetzt selbst reformbedürftig ist.«
Grundsatzprogramm 2002: 31 f.

»Gleichzeitig müssen staatliche Interventionen darauf achten, die Funktions- und insbesondere Innovationsfähigkeit des Marktes zu erhalten.«
Grundsatzprogramm 2002: 32.

die Grünen die Umweltbelastung verteuern und das Steuersystem ökologisch weiterentwickeln.

Das Grundsatzprogramm hält den schrittweisen Aufbau der Wirtschaftskraft in Ostdeutschland für eine zentrale nationale Aufgabe der nächsten Jahrzehnte. Dabei dürfe die Zukunft Ostdeutschlands nicht allein aus dem Blickwinkel nachholender Entwicklung diskutiert werden. Vielmehr sollen aus der Auseinandersetzung mit den heutigen Strukturproblemen in Ost und West »neue, zukunftstaugliche Entwicklungswege« gesucht werden. Dies gelte insbesondere für die Verknüpfung von wirtschaftlicher und ökologischer Innovation.

Während das Programm zur Bundestagswahl von 1998 noch Kritik an der »sozialen Schieflage« übte, die die Regierung Kohl mit ihrer Steuerreform verursacht hätte, und zu ihrer Korrektur nicht nur den »radikalen Abbau von Steuervergünstigungen«, sondern auch eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Abschaffung des Ehegattensplittings forderte (vgl. Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 65f.), waren im zweiten Entwurf des neuen Grundsatzprogramms die neoliberalen Tendenzen unübersehbar, die die Vorstellungen von einer umverteilenden und die Ungerechtigkeiten des kapitalistischen Marktsystems ausgleichenden Wirtschaftspolitik zunehmend verdrängten. Während sich die Grünen auch in ihrem neuen Grundsatzprogramm für die Besteuerung spekulativer Kapitaltransaktionen (zum Beispiel durch die Tobinsteuer) und für eine europäische Harmonisierung der Steuerpolitik aussprechen, vermißt man nun insbesondere die Forderung nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und nach einer stärkeren Besteuerung großer Erbschaften.

In den Abstimmungen über die Anträge zum wirtschaftspolitischen Teil des Programms wurde gegen das ausdrückliche Votum von Parteichef Fritz Kuhn mit knapper Mehrheit ein Antrag der Parteilinken in den Text eingefügt, wonach die Wirtschaft nicht nur staatlicher Rahmenbedingungen bedürfe. Dafür wurde die wirtschaftspolitische Bemerkung »so viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 28) gestrichen. Kuhn hatte zuvor verlangt, keine Interventionen in den Markt vorzunehmen und von seiten des Staates lediglich Rahmenbedingungen für den Markt zu setzen.

Auch auf dem Feld der Finanzpolitik erlitt die grüne Führungsriege, die sich für das Ziel eingesetzt hatte, die Neuverschuldung auf Null zu bringen, eine Niederlage. Den Delegierten war der Programmtext offensichtlich zu einseitig auf Sparen orientiert. Wollte der zweite Entwurf der Grundsatzprogramm-Kommission noch Einnahmen und Ausgaben auf allen föderalen Ebenen »ins Gleichgewicht bringen« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 32), plädieren die Grünen nun lediglich für den Abbau »übermäßiger Verschuldung«. Auch künftig müßten im Sinne eines differenzierteren Begriffs von nachhaltiger Finanzpolitik wichtige Investitionen wie diejenigen »in vorsorgenden Umweltschutz« oder für Bildung und Wissenschaft möglich sein (vgl. 38).

Hingegen fanden Anträge, die sich für eine höhere Erbschaftssteuer und für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ausspra-

chen, keine Mehrheit. Ebensovienig wie ein Antrag, das Ehegattensplitting abzuschaffen. Statt dessen sollen im Zeichen der neuen grünen Kinder- und Familienpolitik das Ehegattensplitting, das auch kinderlose Ehepaare fördert, abgeschmolzen werden und die dadurch erzielten Steuermehreinnahmen in eine »Kindergrundsicherung« fließen.

Im veränderten Text wurde die Beendigung von Armut und Diskriminierung zum Definitionsmerkmal einer sozialen Gesellschaft erklärt (vgl. 30). Dieses Primat soll nun auch bei der notwendigen Reform der Sozialversicherung, der Steuerreform und der bedarfsorientierten Grundsicherung gelten. Eingang in den beschlossenen Text fand auch ein Bekenntnis zu »vermögensbezogenen Steuern« (37) als Gerechtigkeitssteuern. Schließlich wurde Positionen eine klare Abfuhr erteilt, die auf eine Aushöhlung der Flächentarifverträge und der gewerkschaftlichen Mitbestimmung hinausliefen.

Im Kapitel *Aufbruch in eine emanzipative Sozialpolitik* plädieren die Grünen für eine Emanzipation des Sozialen von staatlicher Bevormundung. In einer fairen und sozialen Bürgergesellschaft müsse der Staat Rahmenbedingungen setzen, die allen die Möglichkeit eröffnen, ihre Fähigkeiten und Talente zu entwickeln. Es gehe um die Förderung der zivilen Gesellschaft mit Mitteln des Staates bei gleichzeitiger Begrenzung des Staates. »Das Soziale kann nicht auf eine Behördenfunktion des Staates reduziert werden« (28), heißt es in der Sprache des neoliberalen Zeitgeistes an anderer Stelle. Gleichzeitig würden die Bürgerinnen und Bürger für die Bewältigung schwieriger Lebenslagen eine verlässliche soziale Sicherung und Vernetzungen brauchen, um ihr eigenes Schicksal in die Hand nehmen zu können. Nicht die entmündigende Fürsorge für andere sei das Kernstück grüner Sozialpolitik, sondern die Schaffung einer sozialpolitischen Infrastruktur, die zu einer selbstbestimmten Entwicklung aller Menschen ermutige und solidarisches Handeln fördere (vgl. 40f.). Die Grünen entwickeln hier ein Staatsverständnis, das zwischen einer sozialdemokratisch-traditionalistischen und einer liberalen Position schwankt.

Das Kernprojekt grüner Sozialpolitik war in der Vergangenheit das Konzept einer bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung, das die Situation Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger entscheidend verbessern sollte. Aber bereits in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre zeichnete sich ab, daß die Höhe dieser Grundsicherung nur noch unwesentlich über den Sozialhilfesätzen liegen würde. Im Bundestagswahlprogramm 1998 wurde die allgemeine Pauschale für Alleinstehende mit ca. 800 DM angegeben; für jede weitere Person sollten 560 DM hinzukommen (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 73).

Das neue Grundsatzprogramm macht die Einführung einer steuerfinanzierten bedarfsorientierten Grundsicherung zu einem grünen Schlüsselprojekt, vermeidet allerdings konkrete Zahlen. Diese Grundsicherung soll Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ersetzen und weitgehend pauschaliert gezahlt werden (vgl. 42 f.). Zwar wird im grünen Grundsatzprogramm eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe zur Durchsetzung weiterer Kürzungen der Unterhaltsleistungen für Arbeitslose abgelehnt, doch Kritiker aus

»Wir halten fest an Flächentarifverträgen und starken Betriebsräten.«
Grundsatzprogramm 2002:
31.

den eigenen Reihen befürchten nicht zu Unrecht Sozialabbau und Einkommensverlust. Sie verweisen darauf, daß nur etwa ein Fünftel der Bezieher von Arbeitslosenhilfe unterstützende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen. Die ganz überwiegende Mehrheit der Empfänger von Arbeitslosenhilfe müßte bei einer Zusammenlegung dieser Hilfe mit der Sozialhilfe empfindliche finanzielle Einbußen hinnehmen. Obwohl zuvor auch *ver.di*-Chef Frank Bsirske ausdrücklich vor einer Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe gewarnt hatte, konnten sich die Kritiker auf der Berliner Bundesdelegiertenkonferenz mit ihrem Antrag, nur die Sozialhilfe in eine Grundsicherung zu überführen, nicht durchsetzen.

Die deutliche Nähe zu neoliberalen Positionen in der Sozialpolitik, die im Programmentwurf schlaglichtartig sichtbar wird in der häufigen Verwendung des Begriffs *Chancengerechtigkeit* anstelle von *Chancengleichheit*, konnte von der Parteilinken nur partiell überwunden werden. Im Ergebnis einer Kampfabstimmung wurde das zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit von Teilen der grünen Bundestagsfraktion vertretene »Flexicurity-Konzept« (ein Kombilohnmodell) gegen den Widerstand des Bundesvorstandes mit klarer Mehrheit abgelehnt und aus dem Programm gestrichen. Statt dessen wurde die Passage aufgenommen: »Flexible Arbeitszeiten dürfen nicht zur Armut im Alter führen. Kürzere Arbeitszeiten müssen durch eine bessere soziale Absicherung begleitet werden« (46).

Im ersten Entwurf noch vorhandene Überlegungen zu einer steuerfinanzierten Sozialversicherung (vgl. *Erster Entwurf* für das Grundsatzzprogramm, Berlin, 16. Juli 2001: 35) wurden im zweiten Entwurf aufgegeben. Im beschlossenen Text wird nun nur noch die Forderung nach einer beitragsversicherten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung erhoben, deren Basis durch eine Ausweitung auf alle Einkommensarten verbreitert und die damit zu einer allgemeinen Bürgerversicherung ausgebaut werden soll (vgl. 52). Formen der privaten Vorsorge über kapitalorientierte Modelle und genossenschaftliche und Selbsthilfe-Zusammenschlüsse zur sozialen Vorsorge müßten entsprechend unterstützt werden. Sie könnten, meinen die Grünen, »das staatliche Hilfesystem sinnvoll ergänzen« (53). Nur eine Kombination aus gesetzlicher Rentenversicherung und privater Vorsorge könne Beitragsstabilität und gleichzeitig eine Altersversorgung gewährleisten, die den Lebensstandard sichert (vgl. 58). An der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung wird allerdings festgehalten.

In der Gesundheitspolitik wurde der eindeutig auf einer solidarischen Finanzierung der Gesundheitsaufwendungen basierende Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Arbeit, Gesundheit, Soziales geschlossen übernommen. Die Grünen treten damit »jedem Versuch entgegen, für die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung notwendige Leistungen aus der solidarischen Finanzierung auszugliedern« (55). Bestehende Vorsorgestrukturen sollen vielmehr weiterentwickelt und Versorgungslücken geschlossen werden. Neben kurzfristigen Maßnahmen einer Steuerfinanzierung einzelner Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung soll über den sukzessiven Abbau von Sonderregelungen für Beamte, Selbständige (Einbeziehung in die Versicherungspflicht) und Besserverdienende (Wegfall der Versicherungspflichtgrenzen) der Weg zu einer Versicherung aller Bürgerinnen und Bürger eingeschlagen werden (vgl. 56).

Im Zentrum des außenpolitischen Kapitels *Aufbruch nach Europa und die Eine Welt*, in dem sich die Grünen zu den »Werten der ökologischen Verantwortung, der Selbstbestimmung, der internationalen Gerechtigkeit, der Demokratie und des Friedens« bekennen und für eine »ökologisch-solidarische Weltwirtschaftsordnung« (95/98) eintreten, steht – im Unterschied zu früheren programmatischen Dokumenten – die *Europa-Politik*. Ein Vorentwurf zum außenpolitischen Teil des Grundsatzprogramms aus der Feder des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Frithjof Schmidt (der der Parteilinken zugerechnet wird) und des Bundesgeschäftsführers Reinhard Bütikofer vom Frühsommer 2001 war von der Fischer-Crew nach den Vorgaben des Außenministers umgeschrieben worden. Insbesondere die europapolitischen Thesen aus Fischers nicht unumstrittener Rede in der Berliner Humboldt-Universität fanden so Eingang ins Programm.

Während die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm von 1998 noch Maastricht I und II ablehnten und die wirtschaftspolitische Konzeption der Europäischen Währungsunion wegen ihrer neoliberalen Ausrichtung kritisierten (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 140 f.), stehen sie heute faktisch auf dem Boden der Maastrichter Verträge. Wurden früher Thesen von einem »Kerneuropa« oder von einem »Europa der zwei Geschwindigkeiten«, die aus dem konservativen Lager kamen, oft scharf zurückgewiesen, vertreten sie heute selbst derartige Positionen. Die Forderung von 1998 nach einem »Europäischen Pakt für Beschäftigung, Solidarität und Ökologie« mit bindenden Verpflichtungen für die Mitgliedsstaaten (vgl. Programm zur Bundestagswahl 1998: 50) wurde abgeschwächt. Jetzt soll ein europäischer Pakt für eine nachhaltige Wirtschaftsweise mit verbindlichen Zielvorgaben erreicht werden – ein Pakt, »der den Schutz der Umwelt, die Verbesserung der Lebensqualität und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Leitlinie der europäischen Politik macht« (104). Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist damit an die letzte Stelle gerückt.

In ihrem Grundsatzprogramm treten die Grünen für die Erweiterung der Europäischen Union und für die gleichzeitige Vertiefung des Integrationsprozesses ein. Ziel sei eine EU, die zugleich Union der Bürgerinnen und Bürger und Union der Staaten ist. Dazu müßten Demokratiedefizite abgebaut und bürokratische Verkrustungen und institutionelle Fehlentwicklungen überwunden werden (vgl. 101). Das Europäische Parlament müsse mit umfassenden Haushalts- und Mitentscheidungsrechten sowie wirkungsvollen Kontrollrechten ausgestattet und durch eine Staatenkammer ergänzt werden. Der Präsident der Europäischen Kommission müsse durch direkte Wahl oder durch Wahl im Europäischen Parlament legitimiert werden. Die künftige Handlungsfähigkeit einer größeren EU könne gesichert werden, wenn die »doppelte Mehrheit« zur Regel würde, die Mehrheit sowohl im Rat als auch im Parlament. Mit einer »Kultur der Mehrheit« statt einer des Vetos und der Blockade würden sich Effizienz, Transparenz und demokratische Legitimation erhöhen (vgl. 102).

In der *Sicherheitspolitik* haben sich ursprüngliche grüne Positionen bis zur Unkenntlichkeit verändert. Im Programm von 1980 traten die Grünen für eine »aktive Friedenspolitik« ein, wandten sich »gegen alle Formen der Aggression, des Militarismus nach innen und außen, des Wettrüstens und Rüstungswahns« und orientierten auf ein »friedliches

»Wir sagen Ja zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen einer bestimmten Zahl von Mitgliedsstaaten.« Grundsatzprogramm 2002: 102.

»Wir unterstützen einen demokratischen Verfassungsprozess in Europa, in dem die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger respektiert werden, die Rolle der Nationen anerkannt, aber auch die Vielfalt der Regionen als Stärke begriffen wird.« Grundsatzprogramm 2002: 9.

»Soziale Verteidigung bedeutet, dass sich die Gesellschaft in der Bundesrepublik so organisiert und umorientiert (in Richtung auf Zivilcourage, Widerstand, alternative und dezentrale Strukturen), dass einer aggressiven fremden Macht von vornherein deutlich wird, dass der Versuch der Besetzung und Beherrschung ihr mehr Schwierigkeiten und Belastung als Machtzuwachs und Gewinn bringen würde.« Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 19.

»Grüne Friedenspolitik ist getragen von der grundsätzlichen Kritik an militärischer ›Friedenssicherung‹. Sie hat eine Welt ohne Militär und mit gewaltfreien Formen der Austragung von Konflikten zum Ziel.«
 Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, als Programm verabschiedet von der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Nürnberg (26.-28. September 1986), Bonn 1986: 7.

»Friedenspolitik kann sich nicht hinter Bündniszwängen oder vermeintlichen internationalen Notwendigkeiten verstecken.«
 Grün ist der Wechsel. Programm zur Bundestagswahl 1998, Bonn 1998: 142.

und solidarisches Zusammenleben der Menschen« und auf die »Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung«, die sich auf Blockfreiheit und Gewaltfreiheit gründet. Kernpunkte grüner Friedenspolitik waren damals »einseitige Abrüstung« und das Konzept der »sozialen Verteidigung« (Das Bundesprogramm, Bonn 1980: 19). Noch im Bundestagswahlprogramm von 1998 fühlten sich die Grünen der Zivilisierung und Entmilitarisierung der internationalen Politik verpflichtet. Die Schrägstrich-Partei wollte es damals nicht akzeptieren, daß die NATO ihre Rolle zu Lasten der UNO und der OSZE ausweitete, um ihre militärische Dominanz durchzusetzen. Die Bundesrepublik müsse ihre neu gewonnene Souveränität friedenspolitisch nutzen. Im Unterschied zu früheren Jahren wandten sich die Grünen 1998 aber bereits gegen einen einseitigen Austritt der BRD aus der NATO. Die Bundeswehr sollte jedoch noch innerhalb von vier Jahren halbiert und perspektivisch abgeschafft werden. Die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr sollten aufgelöst und dafür friedenserhaltende Kräfte aufgebaut werden. Die Grünen lehnten Kampfeinsätze der Bundeswehr ebenso ab wie die militärische Friedenserzwingung.

In den vergangenen vier Jahren hat die praktische Politik der Grünen hinsichtlich des Balkans wie hinsichtlich Afghanistans derartige programmatische Vorstellungen konterkariert. Das neue Grundsatzprogramm der Grünen bejaht nun die Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Einsätzen zur *Bewahrung und Wiederherstellung* des Friedens mit UNO-Mandat und will dafür geeignete Kräfte (also: Krisenreaktionskräfte) ständig verfügbar halten. Die Bundeswehr, heißt es im Programm, könne sich »an internationalen Einsätzen zur Bewahrung und Wiederherstellung des Friedens, die mit einem Mandat der Vereinten Nationen durchgeführt werden, beteiligen. Durch ihre Beteiligung an solchen Einsätzen und ständig verfügbaren Kräften unter dem Mandat der Vereinten Nationen trägt die Bundesrepublik dazu bei, die Handlungsfähigkeit internationaler Organisationen zu stärken und ihnen die Durchführung ihrer Aufgaben zu erleichtern« (108). Gegen die Position der Parteiführung und der Minister wurden allerdings künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr an eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag geknüpft; bisher ist lediglich die Zustimmung des Parlaments mit einfacher Mehrheit erforderlich.

Andere sicherheitspolitische Positionen haben eine eher schlechende Revision erfahren. Militärbündnisse wie die NATO und nationale Armeen sollen nach dem neuen Grundsatzprogramm in eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung *eingebunden und überführt* (statt *aufgelöst*) werden. Wandten sich die Grünen 1998 noch gegen die Schaffung eines militärischen Arms der Europäischen Union, plädieren sie heute für gemeinschaftliche militärische Eingreiftruppen der EU und lehnen nur noch die »Schaffung einer neuen militärischen Großmacht Europäische Union« ab. Wurden 1998 noch einseitige Abrüstungsschritte für notwendig erachtet, taucht diese Frage im neuen Grundsatzprogramm überhaupt nicht mehr auf. Allerdings lehnen die Grünen Einsätze der NATO zur Sicherung von »nationalen Interessen« und selbstmandatierte Einsätze zur weltweiten »humanitären Intervention« weiterhin ab (vgl. 108).

Auf dem Berliner Parteitag der Bündnisgrünen wurde schließlich in der umstrittenen Frage, ob der Krieg der USA gegen Afghanistan

durch das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UNO-Charta gedeckt gewesen sei, ein Kompromiß erzielt. Der diesen Krieg legitimierende Nebensatz vom Recht auf Selbstverteidigung, »wie es nach den Terroranschlägen nach dem 11.9.2001 in Anspruch genommen wurde« (zweiter Entwurf des Grundsatzprogramms, Januar 2002: 89), wurde durch den Nebensatz »bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat« (109) ersetzt. Dagegen standen alte Forderungen der Grünen wie der Austritt aus der NATO oder die Auflösung der Militärblöcke nicht mehr ernsthaft zur Diskussion.

Insgesamt hat sich die Führungsriege der Grünen – trotz vieler Änderungen am Entwurf des Grundsatzprogramms im Detail – mit ihrer Grundlinie weitgehend durchsetzen können. Jedoch ist es der Parteilinken gelungen, in den Abstimmungen zur Präambel, zu den sozial- und wirtschaftspolitischen Teilen des Programms und nicht zuletzt zum außen- und sicherheitspolitischen Kapitel eine Reihe substantieller Änderungen im neuen Programm zu verankern. Mit der Annahme des neuen Grundsatzprogramms bei nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen wird ein Entwicklungsabschnitt der grünen Partei vollendet und ein Weg nachvollzogen, den die Schrägstrich-Partei in der politischen Praxis längst gegangen ist. Programmatisch wird der Wandel der Grünen von einer Partei der Opposition *zum* System zu einer regierenden Partei *im* System fixiert. Die Grünen verstehen sich heute nicht mehr als Anti-Parteien-Partei sondern als Alternative im Parteiensystem. Sie wollen nicht mehr radikal anders sein, sondern firmieren als »Partei der linken Mitte« (Fritz Kuhn) und sind damit eine stinknormale, angepaßte Partei geworden.

Die Kritik, die ein Delegierter aus dem Kreisverband Wolfenbüttel auf der Berliner Bundesdelegiertenkonferenz vortrug, das Grundsatzprogramm sei mit der Schere des Regierungshandelns im Kopf geschrieben worden, ist durchaus zutreffend. Die Perspektive der Bürgerbewegungen, der Nicht-Regierungs-Organisationen und anderer sozialer Bewegungen ist außen vor geblieben, obwohl es gerade die neuen sozialen Bewegungen waren, aus denen die Grünen ursprünglich ihre Kraft bezogen haben. Links ist nun programmatisch für andere Platz geworden. Allerdings ist die Schrägstrich-Partei nicht schlechthin zu einer Öko-FDP verkommen. Betrachtet man die Programmdebatten in der Union, bei den Frei- und bei den Sozialdemokraten, sind die Grünen im Parteienspektrum nach wie vor links von CDU/CSU, FDP und SPD einzuordnen.

Doch gesellschaftliche Visionen, die über die kapitaldominierte Gesellschaft hinausweisen, sucht man im neuen Programm ebenso vergebens wie eine grundsätzliche Kritik an dieser Gesellschaft, die einst für das Bundesprogramm von 1980 prägend war. Vielmehr liest sich das neue Grundsatzprogramm mit seinem unverkennbar neoliberalen Touch wie ein Regierungsprogramm für die nächsten 20 Jahre. Die Partei beschränkt sich auf das Mögliche, wagt das Unmögliche kaum mehr zu denken, verzichtet auf Experimente und läßt keine Provokationen mehr zu. Statt für ein Wirken als motivierender Stachel im Fleisch der Gesellschaft haben sich die Grünen für Stromlinienförmigkeit entschieden.